



# JUGEND-ENQUETE-KOMMISSION 2022

## Statement zum Thema Cybermobbing

Die wachsende Verfügbarkeit neuer Technologien hat in den letzten Jahren zu einer Zunahme von Cybermobbing-Fällen geführt. Mehr als eine Million Menschen weltweit werden jeden Tag Opfer von Cyberkriminalität; dazu gehören auch Opfer von Cybermobbing. Trotz des Fehlens spezifischer Daten zum Mobbing im Internet deutet die Forschung auf nationaler Ebene darauf hin, dass es eine allgemeine Wahrnehmung von Cybermobbing als wachsendes Phänomen gibt, das ernsthafte Bedenken aufwirft. Während die Forschung auf nationaler Ebene zum Cybermobbing bei jungen Menschen einen präventiven Ansatz anstelle eines Strafansatzes empfiehlt, könnte eine andere Intervention erforderlich sein, um Cybermobbing zu bekämpfen. Derzeit gibt es keine EU-spezifischen Rechtsinstrumente für Cybermobbing.

Die zunehmende Verfügbarkeit neuer Technologien hat in den letzten Jahren zu einem Anstieg der Cybermobbing-Fälle geführt. Cybermobbing ist ein besonders gefährliches Phänomen, da es überall und jederzeit stattfinden kann und den Opfern begrenzte Fluchtmöglichkeiten bietet. Der geografische und zeitliche Umfang des Cybermobbings ist nahezu unbegrenzt. Aufgrund der verwendeten Mittel kann Cybermobbing überall und jederzeit stattfinden, da es innerhalb oder außerhalb von Schulen und Häusern auftreten kann. Dies macht Mobbing im Internet besonders gefährlich und gibt den Opfern nur sehr begrenzte Möglichkeiten, ihm zu entkommen. Darüber hinaus kann ein einzelner Vorfall, sobald er Tausenden von Benutzern offengelegt wird, dem Opfer Schaden zufügen, auch ohne dass er sich im Laufe der Zeit wiederholt. Online veröffentlichte Informationen bleiben für eine lange Zeit verfügbar und können manchmal schwierig zu entfernen sein. Cybermobbing kann sich nachteilig auf die geistige und körperliche Gesundheit einer Person auswirken und zu erheblichen psychischen Fehlanpassungen, sozialer Isolation und Unsicherheitsgefühlen führen.

Aktionspläne zur Bekämpfung von Cybermobbing, die die Einrichtung von Hotlines, Sensibilisierungskampagnen und Empfehlungen für Schulen zur Einbeziehung von Cybermobbing in ihre Strategien und Regeln umfassen, sind erforderlich.

Die gängigsten bewährten Verfahren lassen sich in zwei Hauptbereiche einteilen: Bildung/Bewusstseinsbildung und Kinderschutz.

Es sollte verschiedene Bildungsprogramme innerhalb und außerhalb des Schulkontexts eingeführt. Diese Programme zielen darauf ab, Mobbing und Cybermobbing zu verhindern, indem sie Kinder über die Gefahren des Internets informieren, Opfer ermutigen, Vorfälle zu melden, und Tätern helfen, die Auswirkungen ihres Verhaltens zu verstehen.



# JUGEND-ENQUETE-KOMMISSION 2022

## Statement zum Thema Cybermobbing

Darüber hinaus sollten Schulungen, Workshops und E-Learning-Kurse zum Thema Cybermobbing für Kinder, Eltern und pädagogische Fachkräfte organisiert werden. Es sollten spezifische Initiativen zur Förderung der Online-Sicherheit und Hotlines für Opfer von Gewalt, einschließlich Cybermobbing, eingerichtet werden. Insbesondere ist eine Änderung der Rolle der Zuschauer von stillen Beobachtern zu Gleichaltrigen, die das Opfer unterstützen, notwendig. Gleichzeitig sollte den Opfern geholfen werden, sich befähigt zu fühlen, um Vorfälle zu melden, ohne sich zu schämen oder Angst vor Auswirkungen zu haben. Tätern sollte beigebracht werden, sich der Folgen ihres Handelns bewusst zu werden und Verantwortung für sie zu übernehmen.

Schulen sollten besondere Verantwortung übertragen werden, um Mobbing zu verhindern und zu bekämpfen. In diesem Zusammenhang sind Schulen verpflichtet, ein Interventionsprogramm durchzuführen und Online-Mobbing-Aktionen zu melden. Zu diesem Zweck sollte die Kommission die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor, einschließlich Anbietern sozialer Medien, fördern. Schließlich sollte die Kommission Soft-Law-Instrumente einführen, wie z. B. an Internetanbieter gerichtete Leitlinien zur wirksamen Erkennung, Überwachung und Meldung von Cybermobbing-Vorfällen. Präventive Maßnahmen sollten auch angenommen und durch den direkten finanziellen Beitrag zu Projekten/Programmen zum Thema durch die Kommission verstärkt werden. Die Regierung sollte eine Schulungsstrategie entwickeln, um Kinder und Erzieher darin zu befähigen, neue Informations- und Kommunikationsdienste und -technologien optimal zu nutzen. Besonderer Wert wird auf den Umgang mit Inhalten (z. B. Gewalt und Selbstverletzung, Pornografie, Diskriminierung und Rassismus) und Verhaltensweisen (z. B. Grooming, Mobbing, Belästigung, Stalking) gelegt.



# JUGEND-ENQUETE-KOMMISSION 2022

## Statement zum Thema Cybermobbing

Die Regierung sollte Schulen bei der Entwicklung von Strategien zur Förderung eines sichereren Bildungsumfelds zum Wohle von Kindern innerhalb und außerhalb von Schulen unterstützen. Programme, die Kindern erklären, was Cybermobbing ist und wie man es angehen und den Wert des gegenseitigen Respekts fördern kann, sollten ebenfalls eingeführt werden.

Untersuchungen zeigen, dass eine positive Beteiligung der Schulen ein besseres Umfeld für Kinder bietet. Darüber hinaus ist Mobbing online oft mit traditionellem Mobbing in der Schule verbunden. Daher ist es wichtig, Kinder in die Lage zu versetzen, mit Mobbing offline und online durch umfassende Strategien umzugehen, die die Zusammenhänge zwischen den beiden Phänomenen berücksichtigen und gleichzeitig ihre Unterschiede anerkennen.

Die Regierung sollte die Entwicklung von Programmen für Eltern, Lehrer und Bildungsfachleute weiter unterstützen. Eltern und Lehrer sollten technologisch und digital gebildet sein, um Kindern nicht nur ein genaues Verständnis von Online-Chancen und -Risiken zu vermitteln, sondern auch unangenehme Situationen zu erkennen, die sich auf Cybermobbing beziehen, und mit ihnen umzugehen.